

Hans G. Nutzinger Marxismus, Sozialismus

Schwerpunkte marxistischer und sozialistischer Liberalismuskritik

Grundlegend für die liberale Markttheorie (und eine ihr entsprechende Wirtschaftspolitik) ist die auf *Adam Smith* (1776) zurückgehende Vorstellung, daß in einer wesentlich auf Privateigentum gegründeten Gesellschaft die Interessen unabhängiger Individuen durch Austausch auf freien Märkten »zum Wohle des Ganzen« in Übereinstimmung gebracht werden können; dagegen haben seit Beginn des 19. Jahrhunderts sozialistische Theoretiker und Politiker vehement Widerspruch geäußert. Die theoretisch wohl am weitesten ausformulierte Kritik hat *Karl Marx* (1818–1883) mit seiner Wert- und Mehrwerttheorie geliefert (s. Seite 93). So unterschiedlich die theoretisch-philosophischen Grundlagen der sozialistischen Kritik an der liberalen Marktgesellschaft waren, so unterschiedlich sind auch die Objekte der Kritik im einzelnen. In erster Annäherung lassen sich vier zentrale Punkte der sozialistischen und marxistischen Kritik an Theorie und Praxis der liberalen Marktgesellschaft feststellen:

1. Die Konzeption einer liberalen Marktgesellschaft von miteinander frei kontrahierenden Individuen lasse die historischen Entstehungsbedingungen und die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung außer acht und erfasse allenfalls die innere Mechanik eines als gegeben und unveränderlich vorgestellten Systems. In den Worten von *Karl Marx* (1847, MEW 4, S. 126):

»Die Ökonomen stellen die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, Arbeitsteilung, Kredit, Geld etc. als fix, unveränderlich, ewige Kategorien hin... Die Ökonomen erklären uns, wie man unter den gegebenen Verhältnissen produziert; was sie aber nicht erklären, ist, wie diese Verhältnisse selbst produziert werden, d. h. die historische Bewegung, die sie ins Leben ruft.«

Dieser prinzipiell berechtigte Kritikpunkt ist aber von den marxistischen und sozialistischen Theoretikern selbst in nur wenig befriedigender Weise behandelt worden, am ausführlichsten (und wohl auch am problematischsten) in *Marx'* Konzeption des *Historischen Materialismus* (s. Seite 96).

2. Die praktische Verwirklichung der liberalen Marktgesellschaft führe keineswegs zu der Verwirklichung »gesellschaftlichen Wohls«, sondern zu zunehmender ökonomischer und sozialer »Verelendung« insbesondere der arbeitenden Bevölkerung.

Dieses im wesentlichen *empirische* Argument gegen den »Kapitalismus« wird von nahezu allen sozialistischen und marxistischen Kritikern vorgebracht; es findet bis in das 20. Jahrhundert seine augenscheinliche Bestätigung in den z. T. menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen für große Teile der Arbeiterschaft, wie sie etwa *Friedrich Engels* (1845) in seinem Buch »Die Lage der arbeitenden Klassen in England« (MEW 2) beschrieben hat. Wesentliche Unterschiede in den Auffassungen sozialistischer Theoretiker und zwischen ihnen und den liberalen Befürwortern einer auf Privatwirtschaft gegründeten marktwirtschaftlichen Ordnung zeigen sich dabei insbesondere im Hinblick auf die Frage, ob die genannten sozialen Mißstände notwendig und auf Dauer mit einer »kapitalistischen« Wirtschaftsordnung verbunden sind oder ob es sich dabei mehr um Übergangsprobleme handelt, die im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung – und infolge korrigierender sozialstaatlicher Eingriffe – immer mehr an Bedeutung verlieren, d. h. prinzipiell lösbar sind. Von der zweiten Alternative, für die jedenfalls die Erfahrungen in Europa und Nordamerika sprechen, gehen liberale Ökonomen aus, die eine Lösung sozialer Probleme prinzipiell im Rahmen marktwirtschaftlicher Ordnungen anstreben, z. B. durch Gewährleistung einer funktionierenden Wettbewerbsordnung (*Walter Eucken*), durch stärkere Berücksichtigung sozialpolitischer Ziele (z. B. in *Müller-Armacks* Konzeption der »Sozialen Marktwirtschaft«) oder durch Förderung von Arbeiter-Produktivgenossenschaften (insbesondere bei *John Stuart Mill*).

3. Die Beobachtung tatsächlicher sozialer Mißstände wird von sozialistischen Theoretikern in aller Regel mit der Existenz (konzentrierten) Privateigentums an den Produktionsmitteln und häufig, wenn auch keinesfalls immer, mit der Koordination einzelwirtschaftlicher Entscheidungen über »anarchische« Märkte verbunden. Das »Klassenmonopol« der Unternehmer an den Produktionsmitteln und sein Gegenstück, die Eigentumslosigkeit der Arbeiter, werden – so eine gängige Vorstellung sozialistischer Kritik – durch den kapitalistischen Wirtschaftsprozess immer wieder von neuem und auf höherer Stufe reproduziert, so daß – trotz möglicher Verbesserungen an der sozialen Lage der Arbeiterschaft – ein grundlegender Wandel im Rahmen dieser Wirtschafts- und Eigentumsordnung nicht möglich sei. Die »Aufhebung« kapitalistischer Eigentumsverhältnisse im Rahmen einer sozialistischen Wirtschaftsordnung bleibt bei den sozialistischen Theoretikern allerdings bis in die Gegenwart im Hinblick auf tatsächliche Nutzungs- und Verfügungsrechte meist recht unklar und wird durch Konzepte wie »Sozialisierung«, »Verstaatlichung«, »Vergesellschaftung« oder »Kapitalneutralisierung« i. d. R. eher negativ benannt als positiv analysiert. Noch größer ist die Vielfalt sozialistischer Auffassungen hinsichtlich der Frage, wie einzelwirtschaftliche Entscheidungen zu koordinieren sind: Das Spektrum reicht von einer prinzipiellen Ablehnung jeglicher marktwirtschaftlicher Koordination bei orthodox-marxistischen Theoretikern (wie *Charles Bettelheim*) über Konzepte einer um marktwirtschaftliche Elemente angereicherten Planwirtschaft in den meisten osteuropäischen Ländern bis hin zu eher marktwirtschaftlich geprägten Ordnungsvorstellungen in Jugoslawien (»Marktwirtschaft mit Arbeiterselbstverwaltung«) und Ungarn (»Sozialistische Marktwirtschaft«).

Als systematische Barriere gegen eine fundamentale Verbesserung der Lage der

Arbeiterschaft im Rahmen marktwirtschaftlich-kapitalistischer Ordnungen wird – insbesondere in der marxistischen Literatur – die historisch herausgebildete *Einkommens- und Vermögensverteilung* in Verbindung mit dem Institut der *Lohnarbeit* gesehen, die zu einer faktischen und rechtlichen Trennung der Arbeiter (der »unmittelbaren Produzenten«) von den Bedingungen und den Ergebnissen der Produktion führe und sich im kapitalistischen Wirtschaftsprozeß notwendig immer wieder von neuem und auf höherer Stufe herstelle. Andere sozialistische und z. T. auch liberale Kritiker sehen dagegen spezifische Zugangsbeschränkungen als wesentliche Ursache dafür, daß eine privatkapitalistische Marktwirtschaft die Interessen und Bedürfnisse der Arbeiter systematisch unterdrücke:

Franz Oppenheimer sieht als zentrale Zugangsbeschränkung eine »Bodensperre« infolge des »Gewalteigentums an Grund und Boden«, ohne deren Aufhebung keine grundsätzliche Reform privatkapitalistischer Herrschaftsverhältnisse möglich sei;

Silvio Gesells Forderung nach »Freiland und Freigeld« basiert vor allem auf der Vorstellung, daß der Geldbesitzer (»Kapitalist«) gegenüber dem Besitzer verderblicher Waren über einen strukturellen Vorteil verfüge.

Wie vor ihm schon andere Befürworter wirtschaftsdemokratisch-genossenschaftlicher Organisationsformen sieht *Winfried Vogt* (1986) einen beschränkten Zugang der Arbeiter zum Kapitalmarkt als wesentliche Voraussetzung für die Unterdrückung solcher Organisationsformen und damit die unzureichende Berücksichtigung von Arbeiterinteressen in »kapitalistischen Marktwirtschaften«.

4. Mit den zuvor genannten Kritikpunkten verbunden ist das folgende, eher theoretische Argument, das sich gegen die reduzierte Modellierung sozialer Beziehungen im liberalen Marktmodell – formalisiert in der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts – wendet: Probleme gesellschaftlicher Macht werden durch die Annahme einer exogen vorgegebenen Anfangsausstattung und die Gleichsetzung marktmäßig gehandelten Arbeitsvermögens (Arbeitskraft) mit im Unternehmen bestimmten Arbeitsleistungen weitgehend ausgeblendet, und überdies werden soziale Beziehungen nur unter dem Aspekt des Austausches handelbarer privater Eigentumsrechte betrachtet. Gegenüber dieser vor allem von sozialistischer Seite vorgetragenen Kritik des »methodologischen Individualismus« im ökonomischen Denken ist allerdings festzuhalten, daß es sich hierbei zunächst nur um einen Ausgangspunkt handelt, der einer vielfältigen Modifikation und Erweiterung – etwa im Rahmen der Allokationstheorie oder der Theorie der Sozialpolitik – zugänglich ist. Auch die sozialistisch-marxistische Betonung »kollektiver Akteure« – wie bestimmter sozialer Klassen oder des Staates –, so berechtigt sie in bestimmten Zusammenhängen sein mag, wird doch durch den Umstand relativiert, daß auch diese »sozialen Einheiten« ihrerseits wieder aus in bestimmten gesellschaftlichen Umgebungen interagierenden Individuen bestehen.

Grundzüge der Marxschen »Kritik der Politischen Ökonomie«

Generelle Charakterisierung

Die von Marx und Engels begründete, später in vielfältiger Weise ausdifferenzierte Gesellschaftstheorie ist als Kritik der (»bürgerlichen«) Politischen Ökonomie im doppelten Sinne konzipiert, nämlich sowohl als Kritik an den ökonomischen Zuständen als auch an den (liberalen) ökonomischen Theorien. Sie geht, anders als die an Marktprozessen ansetzende liberale ökonomische Theorie, nicht von den Marktprozessen aus, sondern – so auch der Untertitel von Marx' Hauptwerk – von einer Analyse des »kapitalistischen Produktionsprozesses«. Dieser methodische Ausgangspunkt hat wichtige Konsequenzen für Marx' Perzeption der Marktkoordination als eines nachrangigen, die gesellschaftlichen Herrschaftsbeziehungen in der Produktion letztlich nur noch bestätigenden gesellschaftlichen Mechanismus. Ähnlich wie später *Ronald Coase* und *Oliver E. Williamson* betont Marx das Bestehen zweier unterschiedlicher Koordinationsmechanismen innerhalb und außerhalb des Unternehmens: Innerhalb der »kapitalistischen Fabrik« sieht Marx die Umsetzung der marktmäßig gehandelten Ware Arbeitskraft in konkrete Arbeitsleistung als Herrschaftsprozess »unter dem Kommando des Kapitals«, während die Realisierung des so im Unternehmen vom Arbeiter geschaffenen und vom Kapitalisten angeeigneten Mehrwerts dann auf »anarchischen« Märkten erfolgt. In Marx' (1894, MEW 25, S. 886–888) eigenen Worten:

»Es sind zwei Charakterzüge, welche die kapitalistische Produktionsweise von vornherein auszeichnen. *Erstens*. Sie produziert ihre Produkte als Waren. Waren zu produzieren, unterscheidet sie nicht von andren Produktionsweisen; wohl aber dies, daß Ware zu sein, der beherrschende und bestimmende Charakter ihres Produkts ist. Es schließt dies zunächst ein, daß der Arbeiter selbst nur als Warenverkäufer und daher als freier Lohnarbeiter, die Arbeit also überhaupt als Lohnarbeit auftritt... Die Hauptagenten dieser Produktionsweise selbst, der Kapitalist und der Lohnarbeiter, sind als solche nur Verkörperungen, Personifizierungen von Kapital und Lohnarbeit; bestimmte gesellschaftliche Charaktere, die der gesellschaftliche Produktionsprozeß den Individuen aufprägt... Das *zweite*, was die kapitalistische Produktionsweise speziell auszeichnet, ist die Produktion des Mehrwerts als direkter Zweck und bestimmtes Motiv der Produktion. Das Kapital produziert wesentlich Kapital, und es tut dies nur, soweit es Mehrwert produziert... Die Produktion für den Wert und den Mehrwert schließt... die stets wirkende Tendenz ein, die zur Produktion einer Ware nötige Arbeitszeit, d. h. ihren Wert, unter den jedesmal bestehenden gesellschaftlichen Durchschnitt zu reduzieren. Der Drang zur Reduktion des Kostpreises auf sein Minimum wird der stärkste Hebel der Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit, die aber hier nur als beständige Steigerung der Produktivkraft des Kapitals erscheint. Die Autorität, die der Kapitalist als Personifikation des Kapitals im unmittelbaren Produktionsprozeß einnimmt, die gesellschaftliche Funktion, die er als Leiter und Beherrscher der Produktion bekleidet, ist wesentlich verschieden von der Autorität auf Basis der Produktion mit Sklaven, Leibeigenen usw. Während, auf

Basis der kapitalistischen Produktion, der Masse der unmittelbaren Produzenten der gesellschaftliche Charakter ihrer Produktion in der Form streng regelnder Autorität, und eines als vollständige Hierarchie gegliederten, gesellschaftlichen Mechanismus des Arbeitsprozesses gegenübertritt . . . , herrscht unter den Trägern dieser Autorität, den Kapitalisten selbst, die sich nur als Warenbesitzer gegenüber treten, die vollständigste Anarchie, innerhalb deren der gesellschaftliche Zusammenhang der Produktion sich nur als übermächtiges Naturgesetz der individuellen Willkür gegenüber geltend macht.«

Die generelle Sichtweise der kapitalistischen Gesellschaft, ausgehend von den Herrschaftsverhältnissen in der Produktion, erlaubt Marx, den Kapitalismus als eine Produktionsweise aufzufassen, die durch den Gegensatz zwischen »Kapitalist« und »Arbeiter« im Unternehmen und zwischen den entsprechenden Klassen in der Gesellschaft bestimmt ist. Dieses Bild der bürgerlichen Gesellschaft basiert auf den ökonomischen Beziehungen in einem idealisierten kapitalistischen Sektor als Repräsentant der Wirtschaft insgesamt, der durch eine Masse eigentumsloser »freier« Lohnarbeiter und eine Anzahl konkurrierender Unternehmer-Kapitalisten charakterisiert ist. Weil Marx nun Marktbeziehungen primär unter dem Aspekt betrieblicher Herrschaft, als »Realisierung des Mehrwerts«, analysiert, übersieht er weitgehend ihre wichtigen funktionalen Aspekte zur Koordination von Entscheidungen in einer komplexen Wirtschaft und überschätzt zugleich die Möglichkeiten herrschaftsfreier direkter Entscheidungsabstimmung in einer künftigen »sozialistischen Gesellschaft«, wie seine Zukunftsvision vom »Verein freier Menschen« erkennen läßt, »die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben« (Marx, 1867, MEW 23, S. 92 f.).

Marx' Konzept des »Warenfetischismus«

Hinter den Warenbeziehungen auf Märkten, so betont Marx immer wieder, stehen Herrschaftsbeziehungen in der Produktion. Deshalb bezeichnet »Warenfetischismus« (»Fetischcharakter der Ware«) zunächst einmal die einseitige Konzentration der liberalen ökonomischen Theorie auf Markttausch zwischen formal freien und gleichen Individuen, hinter der sich aber die Ungleichheit in der Produktion verbirgt – gekennzeichnet durch die Transformation der marktmäßig gehandelten Ware Arbeitskraft in konkrete Arbeitsleistungen unter dem »Kommando des Kapitals«, also in einem betrieblichen Herrschaftsprozess. In einer erweiterten Bedeutung jedoch wird das Konzept des »Warenfetischismus« zu einer generellen Kritik von Marktbeziehungen überhaupt ausgeweitet und somit überdehnt, da andere Formen der Entscheidungskoordination und damit möglicherweise verbundene Fetischismen (z. B. Planfetischismus) nicht diskutiert werden. Diese Ambivalenz zwischen einer methodologischen Verwendung dieses Konzepts (als sinnvolle Warnung vor einseitiger Betonung marktmäßiger Koordinationsprozesse) und einer generellen, nur unzureichend begründeten Ablehnung von Marktbeziehungen überhaupt zeigt sich auch in den Stellungnahmen von Marx, Engels und anderen sozialistischen Theoretikern zur Bedeutung marktmäßiger Koordination in kapitalistischen und sozialistischen

Gesellschaften. In ihren nur kursorischen, nie systematisch entwickelten Bemerkungen zur Entscheidungskoordination in nachkapitalistischen Gesellschaften findet sich häufig die Idee, es müsse dann die »blinde Herrschaft der Gesetze von Angebot und Zufuhr [= Nachfrage]« durch eine »Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht, welche die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet« ersetzt werden (Marx, MEW 16, S. 11). Noch ausgeprägter planwirtschaftliche Vorstellungen finden sich bei Engels, wenn er etwa in seiner Streitschrift gegen Dühring kategorisch Marktbeziehungen in der sozialistischen Gesellschaft ablehnt:

»Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewußte Organisation« (MEW 20, S. 260).

Andererseits zeigen Marx' gelegentliche Bemerkungen zu einer zukünftigen sozialistischen Wirtschaftsordnung, daß diese wesentlich durch selbstbestimmte Arbeitsbedingungen für die unmittelbaren Produzenten charakterisiert ist, die ihrerseits auch Fragen gesellschaftlicher Entscheidungskoordination nach ihren Ansichten lösen werden; er wolle keine »Rezepte für die Garküche der Zukunft« schreiben. In dieser Sicht lassen sich – wie insbesondere die jugoslawischen Marxisten gezeigt haben – durchaus auch Argumente für stärker marktwirtschaftliche Formen der Entscheidungskoordination finden, zumal ihr polares Gegenstück – die zentrale Planung – zweifellos in unmittelbarem Gegensatz zu Marx' Vorstellung von Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung der unmittelbaren Produzenten im Sozialismus steht: Zentrale Planvorgaben vertragen sich schlecht mit Selbstbestimmung der Produzenten, wenn man nicht die unrealistische Annahme einer Interessenidentität zwischen zentralen Planern und Betriebsbelegschaften zugrunde legt. Auf der anderen Seite lassen sich gerade unter dem Gesichtspunkt der »Selbstbestimmung der Produzenten« sehr gute Gründe für marktmäßige Koordination angeben, die einerseits einen betrieblichen Handlungsraum eröffnet und zum anderen durch die Zurechnung von Kosten und Erträgen betrieblicher Entscheidungen auch einen Mißbrauch der Handlungsfreiheit einzelner Unternehmen zu Lasten anderer oder der Gesellschaft insgesamt weitgehend verhindert.

Wirtschaftsdemokratische Organisationsformen sind auch von liberalen Ökonomen, wie etwa John Stuart Mill (1848), begrüßt worden. Insoweit sieht sich Mill auch selbst in Einklang mit den französischen Frühsozialisten seiner Zeit; zugleich aber kritisiert er deren „Kampfansagen gegen den Wettbewerb“ und sieht sogar in der Konkurrenz – gerade bei wirtschaftsdemokratischen innerbetrieblichen Organisationsformen – ein wichtiges Mittel gegen Trägheit und geistige Stumpfheit und zur Entwicklung menschlicher Fähigkeiten. Hier zeigen sich interessante Berührungen zwischen liberalem und sozialistischem Gedankengut.

Weitere Aspekte der Marxschen Theorie

Die Marxsche Wertlehre

Marx verbindet mit seiner (Arbeits-)Wertlehre gleichzeitig zwei sehr verschiedenartige Fragestellungen: Zum einen geht es ihm um die Ableitung von Gleichgewichts-

preisen aus den für die Produktion einzelner Waren insgesamt verausgabten («gesellschaftlich notwendigen») Arbeitszeiten; eine Analyse dieses sogenannten *Transformationsproblems* ergibt indessen, daß im allgemeinen eine Umrechnung von Arbeitswerten in Gleichgewichtspreise nicht möglich ist, es sei denn, man besitzt schon bestimmte Informationen aus dem Preissystem (etwa über kostenminimale Techniken, Einkommensverteilung u. ä.). Aus diesem Grunde eignet sich die Werttheorie – abgesehen von einigen Spezialfällen – nicht zur Bestimmung von Gleichgewichtspreisen.

Zum anderen versucht Marx mit der Werttheorie aber den Nachweis, daß der Austausch gleicher Werte auf (hypothetischen) Konkurrenzmärkten vereinbar ist mit der Appropriation des Überschusses (Mehrwert) durch den Kapitalisten. Dazu definiert Marx (1867, MEW 23) den Wert der Ware Arbeitskraft als die zur (Re-)Produktion »dieses spezifischen Artikels« insgesamt notwendige Arbeitszeit. Dies läuft auf die Annahme eines Subsistenzlohns für die Arbeiter hinaus, der gerade zum Kauf der (historisch veränderlichen) Subsistenzmittel ausreicht; die Sparquote der Arbeitnehmerhaushalte ist demzufolge gerade gleich Null. In diesem Fall läßt sich in linearen Modellen mit Arbeit als einzigem originären Faktor zeigen, daß eine positive Mehrwertrate im Wertsystem einhergeht mit einer positiven Profitrate im üblichen Preissystem; diese Äquivalenz wird gelegentlich auch als Bestätigung der Marxschen Sichtweise aufgefaßt, derzufolge der auf den Märkten erzielte Profit nur eine Erscheinungsform des in der Produktion erzielten Mehrwerts sei. Allerdings ist dieses »Äquivalenztheorem« an sehr einschränkende Bedingungen (insbesondere die Subsistenzlohnannahme und Arbeit als einziger originärer Faktor) gebunden.

Historischer Materialismus

Marx (1859, MEW 13) skizziert ein historisches Entwicklungsmuster, das wesentlich durch die Interaktion zwischen technischen Möglichkeiten der Produktion (*Produktivkräfte*) und ihrer sozialen Organisation (*Produktionsverhältnisse*) bestimmt ist. So gelangt er zu einer Abfolge von der Urgemeinschaft über die Sklaverei und den Feudalismus bis hin zum Kapitalismus, der seinerseits nach Marx' Erwartungen durch den Sozialismus abgelöst werden müßte, weil die im Kapitalismus weiterentwickelten Produktivkräfte die Schranken privatkapitalistischen Eigentums sprengen müßten. Diese bei Marx nur knapp erwähnte Gedankenskizze wurde später im Sowjetmarxismus zu einer Theorie des »Historischen Materialismus« ausgeweitet. Wenn mit einem möglichen Konflikt zwischen technischen und sozialen Bedingungen der Produktion auch ein interessantes Element der historischen Entwicklung angesprochen ist, so reicht dies doch aus den verschiedensten Gründen nicht dafür aus, eine Zwangsläufigkeit historischer Entwicklung in der von Marx geschilderten Weise anzunehmen. Interessanterweise findet sich aber auch bei manchen liberalen Ökonomen die Vorstellung einer mehr oder minder zwangsläufigen Entwicklung hin zu sozialistischen Wirtschaftsformen, so etwa bei John Stuart Mill (1848) und bei Joseph A. Schumpeter (1942).

Abschließende Bemerkungen

Der sozialistischen, insbesondere marxistischen Kritik an Theorie und Politik der liberalen Marktgesellschaft kann eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden; dies gilt vor allem im Hinblick auf die unzureichende Erfassung außermarkt-mäßiger Beziehungen, insbesondere die Organisation der Produktion im Unternehmen und die Rolle des Staates. Auch praktische Gründe, wie die Akzeptanz sozialer Ordnungen durch die Bevölkerung, sprechen dafür, sich nicht nur auf Effizienzurteile zu beschränken, sondern darüber hinaus auch andere soziale Kriterien – etwa die Verteilung materieller und sozialer Lebenschancen – in die Bewertung sozialer Zustände mit einzubeziehen. Gerade die Erfahrungen in den staatssozialistischen Ländern zeigen aber auch, wie wichtig im Sinne einer freiheitlichen Gestaltung aller Lebensbereiche auch eine Koordination einzelwirtschaftlicher Entscheidungen über funktionierende Wettbewerbsmärkte ist. Die sozialistische, insbesondere marxistische Kritik an der »Anarchie des Marktes« wird der Koordinationsfunktion von Märkten nicht gerecht und übersieht auch weitgehend die dynamische Funktion der Marktwirtschaft zur Entwicklung neuer produktiver Kombinationen und Organisationsformen. Schließlich hat die Erfahrung in den letzten 150 Jahren gezeigt, daß eine Reihe sozialer Forderungen (wie Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft) im Rahmen marktwirtschaftlicher Ordnungen realisiert werden kann, und dies mit weitaus geringeren sozialen Kosten als in realen Planwirtschaften. Durch angemessene Gestaltung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen kann also die Leistungsfähigkeit marktwirtschaftlicher Ordnungen auch im Hinblick auf soziale Fragestellungen verbessert werden. Die liberale Demokratie als politisches Pendant der liberalen Wirtschaftsordnung, liefert eine Plattform für solche Forderungen und schafft damit ein interessantes Spannungsfeld zwischen politischen Gleichheitsforderungen und wirtschaftlichen Leistungsansprüchen.

Zitierte und weiterführende Literatur

- | | |
|--|---|
| <p>Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke (MEW). 39 Bde. und 1 Erg.-Bd. in 2 Teilen. Berlin 1956–1968.</p> <p>Mill, John Stuart: Principles of Political Economy. 2 Bände. London 1848.</p> <p>Nutzinger, Hans G. (Hrsg.): Liberalismus im Kreuzfeuer. Thesen und Gegenthesen zu den Grundlagen der Wirtschaftspolitik. Frankfurt/M. 1986.</p> <p>Nutzinger, Hans G./Wolfstetter, Elmar (Hrsg.): Die Marxsche Theorie und ihre Kritik. Eine</p> | <p>Textsammlung zur Kritik der politischen Ökonomie. 2 Bde. Frankfurt/M.-New York 1974.</p> <p>Schumpeter, Joseph A.: Capitalism, Socialism, and Democracy. New York 1942.</p> <p>Sweezy, Paul M.: Theorie der kapitalistischen Entwicklung. 3. Aufl. Frankfurt/M. 1970.</p> <p>Vogt, Winfried: Theorie der kapitalistischen und einer laboristischen Ökonomie. Frankfurt/M.-New York 1986.</p> |
|--|---|